
N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am
22.10.2024**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:42 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Die **Ausschussvorsitzende, Frau Stadträtin Gabriele Perl**, begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste, eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge seitens der Ausschussmitglieder vor. **Die Ausschussvorsitzende** stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.09.2024

Es liegen keine Wortmeldungen oder Änderungsanträge vor. **Die Ausschussvorsitzende** stellt die Niederschrift vom 03.09.2024 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8:0:1

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Frau Ausschussvorsitzende Perl informiert, dass in der Sitzung am 03.09.2024 im nichtöffentlichen Teil eine Beschlussvorlage zum Verkauf des Rosenhofes Gegenstand der Tagesordnung war. Diese Vorlage wurde dem Ausschuss jedoch nur zur Kenntnis zugereicht. Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

5 Einwohnerfragestunde

Der Verwaltung liegen keine Anfragen vor. Aus der Sitzung heraus wurden keine Anfragen gestellt.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es liegen keine öffentlichen Anfragen und Informationen seitens der Ausschussmitglieder vor.

6.1 Vorstellung Gemeindepsychiatrischer Verbund

Frau Wendschuh, Psychiatriekoordinatorin der Stadt Dessau-Roßlau, stellt den Gemeindepsychiatrischen Verbund anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Diese wurde im Vorfeld mit den Sitzungsunterlagen allen Ausschussmitgliedern zuge reicht. Die Präsentation wird als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Herr Zaizek, sachkundiger Einwohner, möchte wissen, worin die Weiterentwicklung des jetzigen Gremiums mithilfe eines solchen Verbundes gesehen wird?

Frau Wendschuh führt aus, dass es im ersten Schritt um die Erfassung des vorhandenen Angebotes geht und im weiteren Verlauf Versorgungsdefizite festzustellen sind, sodass diese auch in der Kommunikation mit der Landesebene einfließen können.

Herr Stadtrat Ratzmann erfragt, wie groß der Verbund ist in Bezug auf die Personen, die diesen verwalten.

Frau Wendschuh informiert, dass sie als Koordinatorin und je ein Vertreter der Kooperationspartner (Steuerungsgruppe) den Verbund verwalten bzw. organisatorische Aufgaben wahrnehmen. Zusätzlich wurde ein Sprecher gewählt.

Frau Erxleben, ehem. Leiterin des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz, führt ergänzend aus, dass es zunächst darum geht, die Versorgungslandschaft zu erfassen, Defizite zu erkennen und eine ganzheitliche Betrachtung aller betroffenen Personengruppen zu ermöglichen.

Frau Ausschussvorsitzende Perl bedankt sich für die ausführlichen Informationen und wünscht Frau Wendschuh weiterhin viel Erfolg für Ihre Tätigkeit.

6.2 Information des Gesundheitsamtes zur Masernschutzimpfung

Frau Erxleben informiert unter Verwendung einer Power-Point-Präsentation zum Thema Masernschutz. Die Präsentation wurde bereits im Vorfeld mit den Sitzungsunterlagen allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Sie wird ergänzend als Anlage 2 zum Protokoll genommen.

Herr Dr. Hofmann möchte wissen, ob die genannten 36 Einrichtungen 100% entsprechen oder ob hier noch Einrichtungen fehlen.

Dies kann nach Aussage von **Frau Erxleben** nicht beantwortet werden, da lt. rechtlicher Verpflichtung nur Einrichtungen melden müssen, die keinen 100 prozentigen Masernschutz nachweisen können. Die Dunkelziffer liegt hier sicher höher. Stichprobenartig wird es Kontrollen in den Einrichtungen geben.

Per Allgemeinverfügung sowie mittels Anschreiben wurden die Einrichtungen darüber informiert, wohin die Meldungen innerhalb welcher Frist zu erfolgen haben.

Frau Perl bedankt sich für die Ausführungen.

6.3 Neuordnung der Unterbringung von wohnungslosen Personen Vorlage: IV/041/2024/IV-50

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, führt in die Informationsvorlage und die neue Ausrichtung zur Unterbringung wohnungsloser Personen ein.

Frau Brösner möchte wissen, was mit dem jetzigen Betreiber des Rosenhofes geschehen wird bzw. ob er in die neuen Überlegungen einbezogen wurde.

Frau Paesold erklärt, dass ein Vergabeverfahren durchgeführt wurde, welches grundsätzlich auf drei Jahre angelegt ist, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um zwei weitere Jahre. Diese Vergabe wurde zuletzt im Jahr 2020 durchgeführt, und in diesem Jahr fand eine weitere Ausschreibung für den Zeitraum vom 01.11.2024 bis 31.12.2025 statt. Der alte Betreiber ist darüber informiert, dass die Obdachlosenunterkunft an diesem Ort und in dieser Form nicht weiterbetrieben werden soll, und er ist sich dessen bewusst, dass sein Vertrag am 31.12. endet.

Ein Konzept zur Unterbringung obdachloser Personen wird zu einem späteren Zeitpunkt erarbeitet und vorgelegt.

Frau Perl fragt nach der Anzahl der Räumungsklagen, die bei der Stadt vorliegen, da dies anzeigepflichtig ist.

Frau Paesold informiert, dass es seit 2021 eine Verpflichtung für die Kommunen gibt, Statistiken zur Wohnungslosigkeit vorzulegen. Diese Statistik wird als Anlage 3

dem Protokoll beigelegt. Sie merkt an, dass die Zahlen in diesem Jahr kritisch zu betrachten sind, da viele Personen aus der Ukraine in Deutschland leben und noch nicht mit eigenem Wohnraum oder Mietverträgen versorgt sind, was dazu führt, dass sie als wohnungslos gezählt werden. Dies verzerrt das Bild der aktuellen Situation.

Frau Brösner möchte wissen, ob die Wohnungsgenossenschaften bzgl. verfügbaren Wohnraumes angesprochen worden sind.

Frau Paesold erklärt, dass sie seit Jahren im Gespräch mit der DWG sind. Aktuell gibt es drei Clearingwohnungen, in denen Notfälle aufgenommen werden können. Nächste Woche sind weitere Gespräche mit der DWG, gemeinsam mit Frau Hachmann, geplant, um die nächsten Schritte zu besprechen.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.4 Information zu den vorliegenden Anträgen der Träger der Freien Wohlfahrtspflege (Anlage 1) auf Gewährung von Zuwendungen im Jahr 2025 auf der Grundlage der Förderrichtlinie Soziales (2022) Vorlage: IV/042/2024/IV-50

Frau Paesold führt in die Informationsvorlage unter Verwendung einer Power-Point-Präsentation ein. Die Präsentation wurde im Vorfeld mit den Sitzungsunterlagen allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt und wird dem Protokoll als Anlage 4 beigelegt.

Herr Stadtrat Kaßner möchte wissen, welche Auswirkungen die Haushaltssperre und die erst im Frühjahr stattfindenden Haushaltsberatungen auf die Auszahlung der Gelder haben.

Frau Paesold informiert, dass die Entscheidung auf der Grundlage der im Stadtrat bewilligten Haushaltsmittel getroffen wird. Zuwendungen können nur auf Grundlage eines beschlossenen Haushalts erfolgen. Ohne einen solchen Beschluss können keine Zuwendungsbescheide oder Auszahlungen an die Träger erfolgen. Sie weist auf die letztjährige Haushaltssperre, in deren Rahmen jedoch die Personalkosten und Zahlungen an die Träger geleistet wurden. Sie erwähnt, dass die Auszahlung der Mittel erst nach Erlangung der Bestandskraft der Zuwendungsbescheide beginnt. Um diesen Prozess zu beschleunigen, wird Trägern die Möglichkeit gegeben, auf Rechtsbehelfe zu verzichten. Frau Paesold betont, dass die Sicherstellung der Finanzierung entscheidend ist und dass die Haushaltssperre eine wesentliche Rolle spielt. Im Übrigen ist immer ein Stadtratsbeschluss notwendig, um Zuwendungen auszahlen zu können. Dies gilt nicht nur für den Sozialbereich, sondern für alle Bereiche und bezieht sich auf Pflichtaufgaben, nicht auf freiwillige Aufgaben.

Frau Stadträtin Neumann erkundigt sich, ob die Anträge der Träger vollständig genehmigt wurden oder ob Kürzungen erfolgt sind.

Frau Paesold erklärt, dass grundsätzlich einige Träger Landeszuweisungen erhalten und sich die städtischen Mittel entsprechend verringern, wenn diese Zuweisungen steigen. Die Anträge wurden in vollem Umfang bewilligt.

Herr Stadtrat Kaßner möchte wissen, wie vorgegangen wird, wenn der Haushalt für das nächste Jahr erst im April oder Mai beschlossen wird. Erhalten die freien Träger in diesem Fall ihre Mittel erst nach dem Beschluss?

Frau Paesold teilt mit, dass dies aktuell nicht abschließend beantwortet werden kann. Sie stellt klar, dass alle Anträge geprüft und förderfähige Anträge für 2025 angemeldet wurden. Weitere Informationen sollen in der nächsten Sitzung im Dezember bereitgestellt werden.

Frau Ausschussvorsitzende Perl merkt an, dass das Thema auch im Finanzausschuss behandelt werden sollte, um möglichen Kürzungen im sozialen Bereich vorzubeugen.

6.5 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, informiert, dass der Krötenhof und die Stadtbibliothek seit diesem Sommer dem Schulamt zugeordnet sind und die Stelle des Leiters der Stadtbibliothek erfolgreich besetzt werden konnte und übergab das Wort an Herrn Tom Weiß, der sich für die Möglichkeit der Vorstellung bedankte und sich selbst sowie erste Einschätzungen und Vorhaben kurz vorstellte. Außerdem wurde am Berufsschulzentrum der Schulsportunterricht wieder aufgenommen, und am 4. November beginnt dort auch wieder der Vereinssport.

Frau Sternickel, sachkundige Einwohnerin, hat folgende Fragen:

1. Die Baufirma der Kita Buratino in Meinsdorf soll insolvent sein. Wie wird es dort weitergehen?
2. Zur Kita Fuchs und Elster (Roßlau) gibt es Gerüchte über eine Schließung zum 31.12.2024 und, dass einige Plätze bereits gekündigt wurden. Stimmt dies?
3. Ist der Stadt bekannt, dass der DRK-Hausnotruf gefährdet ist, da dies Auswirkungen auf die Hausnotrufdienste haben könnte?

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, führt aus, dass es sich um eine Fehlinformation bzgl. der Kita Fuchs und Elster handelt. Die Frage wird schriftlich vom Eigenbetrieb DeKiTa beantwortet. Zur Frage einer insolventen Baufirma liegen keine Informationen vor. Das Gebäude soll weiterhin saniert werden. Die Suche nach einem Ausweichobjekt läuft gegenwärtig.

Frau Stadträtin Neumann wiederholt eine bereits gestellte Frage zur Personalsituation in der Ausländerbehörde.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, erläutert, dass ursprünglich zwei Mitarbeiter für jährlich etwa 50 Einbürgerungen zuständig waren. Durch den erhöhten Zuzug im Zuge der Flüchtlingskrise und der daraus resultierenden Antragswelle wurden zwei weitere Stellen geschaffen, die in diesem Jahr besetzt wurden. Nun ist die Behörde wieder vollständig besetzt, und eine zügigere Bearbeitung der Anträge ist möglich. Im Übrigen wurde die Frage bereits im Voraus schriftlich beantwortet, da sie bereits in einer vorherigen Ratssitzung gestellt worden ist. Ergänzend verliest Frau Ausschussvorsitzende Perl die vorliegende schriftliche Antwort des Dezernates für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit.

6.5.1 Information zum Entwurf des 18. Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Herr Kuras informiert anhand einer Power-Point-Präsentation zu der aktuellen Schulgesetznovelle. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt.

Herr Stadtrat Kaßner äußert seinen Unmut darüber, wie die Landesregierung mit Dessau-Roßlau umgeht und macht noch einmal deutlich, dass Dessau-Roßlau im Vergleich zu den anderen beiden kreisfreien Städten in Sachsen-Anhalt eine deutliche ländliche Struktur aufweist und die Wege zu den Schulen ohnehin mitunter länger sind.

Auch **Frau Hachmann** stellt sich die Frage, wie sich mit dem Thema Integration auseinander gesetzt wird, wenn die Klassen noch größer werden.

Herr Stadtrat Ratzmann weist darauf hin, dass auch der Beruf des Lehrers unattraktiver wird, je größer die Klassen werden und es wird viele geben, die dann das Handtuch schmeißen bzw. noch weniger bereit sind, als Quereinsteiger diesen Beruf zu wählen.

7 Beschlussfassungen

7.1 Ertüchtigung der brachliegenden Sportfläche des zweiten Platzes des SV Stahlbau Dessau e.V. zum Schulsportplatz für das Walter Gropius Gymnasium **Vorlage: FV/016/2024/CDU**

Frau Stadträtin Neumann informiert, dass es keiner gesonderten Einführung seitens der CDU-Fraktion bedarf. Die Fraktionsvorlage wurde im Bauausschuss geändert

beschlossen. Allen Ausschussmitgliedern müsse auch die nun finale Version vorliegen.

Herr Kuras gibt ergänzende Informationen zur Fraktionsvorlage und geht auf Nachfragen entsprechend ein.

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt die Fraktionsvorlage zur Abstimmung.

Die Fraktionsvorlage FV/016/2024/CDU wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.2 Umnutzung der Sekundarschule "An der Biethe" zum "Haus der Vereine"

Vorlage: BV/003/2024/OR Ross

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt fest, dass der Ortschaftsrat Roßlau nicht anwesend ist und somit keine Einführung in die Beschlussvorlage seitens des Einreichers erfolgt.

Herr Kuras führt in Bezug auf die Beschlussvorlage und den Stellungnahmen der Verwaltungen ergänzend aus. An dieser Stelle wird auf die Empfehlung der zeitlich begrenzten Nutzung hingewiesen.

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7:0:2

Darüber hinaus wird folgende **Empfehlung** zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss empfiehlt, die Nutzung des Schulgebäudes für die Vereine zunächst bis Sommer 2027 zeitlich zu befristen bis geklärt ist, ob das Gebäude künftig als Schulstandort noch erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis Empfehlung: 5-0-4

10 Schließung der Sitzung

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt die Öffentlichkeit wieder her, schließt die Sitzung um 18:42 Uhr und verabschiedet die Ausschussmitglieder.

Dessau-Roßlau, 09.12.24

Gabriele Perl

Vorsitzende Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales Schriftführer